

gen, der darauf aufbauenden Analyse und der argumentativen Stringenz lohnt sich das Buch.

Leider hat die Arbeit auch einige Schwächen, die den Lesegenuss ein wenig schmälern. Das Buch will zu viel. In den konzeptionellen Ausgangsüberlegungen (Kapitel 1) werden alle notwendigen Begriffe erläutert, geklärt und einer gründlichen Diskussion unterzogen. Dabei wird immer wieder auf andere Modelle verwiesen, diese werden erläutert und mit Graphiken dargestellt. Die beschriebenen Phänomene sind zwar aufeinander bezogen, dennoch fällt es schwer, den Überblick zu behalten. Beispielsweise wird nicht ersichtlich, wie das Konzept einer allgemeinen Gewaltphänomenologie (S. 29), die Vorstellung von „Terror als kommunikative Gewalt“ (S. 33), der Begriff „Gewaltzyklus“ (S. 48) und das Definitionsmodell zu Terror und Terrorismus (S. 57) zueinander stehen, ob Doppelungen enthalten sind oder welches den Ausschlag geben soll.

Auch wird Getoš' Definition von Terrorismus, die dem Stand der Forschung entsprechend umfangreich ist, getragen von einer teils unterschwellig, teil offen mitlaufenden normativen Aufladung von Terror als Kriminalitätsphänomen. Dadurch tritt die Autorin ihren Untersuchungsobjekten mit einem gewissen Vorbehalt entgegen. Das ist nicht verwerflich, aber dadurch lassen sich nicht alle Möglichkeiten ausschöpfen, um in den Fallanalysen die Motive und Legitimationsmuster der Interviewten herauszuarbeiten.

Obwohl der Titel schwer zu lesen ist und einige Längen hat, ist er eine Lektüre wert. Getoš liefert eine dichte, hoch interessante Analyse zu Terrorismus und Hasskriminalität. Allein das empirische Material ist beeindruckend, für dieses Themenfeld selten und daher wichtig. Da die Arbeit zwischen einer rechtlich-empirischen Beurteilung und einer sozio-politischen Analyse der Gewalt anhand empirischen-dokumentarischen Materials angesiedelt ist, fällt es schwer, auf einen Blick das Wesentliche zu erkennen. Manches hätte gekürzt oder ausgelassen werden können – es hätte die sehr gute Analyse nicht beeinträchtigt. Aber vielleicht ist das das Schicksal von Doktorarbeiten, deren Form stark von der Arbeitssituation der Schreibenden abhängig ist. Für die zukünftige Diskussion über Terror und Hasskriminalität ist vor allem die Herangehensweise der Autorin und ihr Umgang mit dem Material von hoher Bedeutung, beispielsweise um in vergleichender Perspektive andere Kontexte zu untersuchen.

Hamburg

Nils Zurawski

Wissenschaftliche Pionierleistung

Hentges, Gudrun: Staat und politische Bildung. Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“, 493 S., VS, Wiesbaden 2013.

In ihrer historisch ausgerichteten politikwissenschaftlichen Studie untersucht die Fuldaer Politikwissenschaftlerin die Frühgeschichte der Bundeszentrale für politische Bildung. Diese stellt heute einen kaum mehr wegzudenkenden Akteur und Dienstleister der politischen Bildung und Politikvermittlung dar und ist als Informationsbörse für politische und zeitgeschichtliche Themen und Fragestellungen allgemein anerkannt. 1952 wurde die Institution als „Bundeszentrale für Heimatdienst“ gegründet. Begrifflich suchte die Einrichtung zunächst den Anschluss an die gleichnamige „Reichszentrale“ der Weimarer Republik, offenbar ohne dass diese Namensgebung kritisch hinterfragt worden wäre. Schließlich war die „Reichszentrale“ eher eine Propagandastelle der jeweiligen Reichsregierung und keineswegs eine neutrale Stelle zur Förderung eines demokratischen staatsbürgerlichen Bewusstseins. Die Errichtung der Institution in der jungen Bundesrepublik ist zunächst im Kontext US-amerikanischen Bemühungen nach *Reeducation* und *Reorientation* zu verorten. Allerdings wurde die konkrete Ausrichtung und Ausgestaltung der neuen Zentrale von Beginn an widersprüchlich und kontrovers diskutiert und umgesetzt. Hauptsächlich setzte sich ein Konzept politischer Bildung durch, das vor allem die Einsicht in die Funktionsweise des parlamentarisch verfassten Staates zum Ziel hatte und sich mit der Förderung von Demokratie als Lebensform nur am Rande beschäftigte. Widmete sich die Bundeszentrale in ihren Anfangszeiten durchaus auch schwerpunktmäßig der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, so determinierte bald der einsetzende Kalte Krieg die Ausrichtung der bildungspolitischen Arbeit. Seit Mitte der 1950 Jahre prägte die „Bekämpfung kommunistischer Bestrebungen“ Programm und Praxis der Bundeszentrale. Es ging nun vorrangig um „Widerlegung des Marxismus-Leninismus“, um „antikommunistische Unterrichtung und Schulung“ gesellschaftlicher Multiplikatoren und um „antikommunistische Aufklärung und Werbung mit Massenwirkung“ (S. 344f.). Es nimmt kaum Wunder, dass hierbei zahlreiche ehemalige NS-Propagandisten und bewährte vormalige ‚Ostforscher‘ ein neues Betätigungsfeld finden konnten. „Die Dominanz der Thema-

tisierung“ tatsächlicher oder vermeintlicher kommunistischer Gefahren, „war immer auch begleitet von Feindbildkonstruktionen“ (S. 448). Allerdings blieb der Paradigmenwechsel nicht ohne Widerspruch, wobei die Kontroversen um die Ausrichtung der Zentrale der Öffentlichkeit stets verborgen blieben und nur innerhalb und zwischen der beteiligten Ministerien und Einrichtungen ausgetragen wurden. Zeitlich schließt die Studie mit den frühen Sechziger Jahren, als 1963 die „Zentrale für Heimatdienst“ in „Bundeszentrale für politische Bildung“ umbenannt wurde. Eine tatsächliche inhaltliche Zäsur stellte die Umbenennung indes nicht dar. Die Modernisierung der politischen Bildung setzte sich in der Folgezeit erst allmählich und verstärkt im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung der Bundesrepublik in den späten 1960er Jahren durch.

Gudrun Hentges hat eine differenziert argumentierende, flüssig geschriebene, materialreiche und quellengesättigte Studie vorgelegt, die weit mehr als eine Institutionsgeschichte einer nachgeordneten staatlichen Einrichtung darstellt. Vielmehr erhält der Leser viele interessante Einblicke in die politische Kultur der jungen Bundesrepublik und in die kontroversen Auseinandersetzungen um politische Deutungshoheiten und Einflussnahmen verschiedenster Art. Abgerundet wird die Arbeit durch ein Abkürzungsverzeichnis, ein Quellen- und Literaturverzeichnis und ein Personenregister.

Der Wertung Christoph Butterwegges in seinem Vorwort, dass das Werk „ohne Übertreibung“ eine „wissenschaftliche Pionierleistung“ darstelle und „ganz neue Maßstäbe im Hinblick auf die Erforschung der (west)deutschen Institutionengeschichte im Bereich der politischen Bildung“ setze (S. 7), kann sich der Rezensent nur anschließen.

Potsdam

Christoph Kopke

Die Rolle von Thinktanks in der Außenpolitik

Parmar, Inderjeet: Foundations of the American Century. The Ford, Carnegie, and Rockefeller Foundations in the Rise of American Power, 356 S., Columbia UP, New York 2012.

Bei allem, was die internationale Historiographie inzwischen über die großen amerikanischen Stiftungen weiß, liegt bislang noch keine über-

zeugende Gesamtdarstellung zum 20. Jahrhundert vor. Umso mehr muss Parmars neuestes Buch interessieren, das die „influence of American foundations on U.S. foreign affairs from the 1930s to the ‚war on terror‘“ (S. 2) untersucht. Die Stiftungen gelten als lange unterschätzte Hauptagenten der Außenpolitik und des Aufstiegs der USA zur Weltmacht, die sie inneramerikanisch und mit weltweiter „cultural and intellectual penetration“ (ebd.) von der *soft power*-Seite her flankierten. Die besondere Macht der Stiftungen ist Parmar zufolge doppelt begründet: Sie resultiert zum einen aus ihrer engen Allianz und personellen Verflechtung mit dem amerikanischen Staat und dem „big business“ (S. 18 u. ö.) und zum anderen aus ihrer hochgradig erfolgreichen Taktik globaler Netzwerkbildung in für die USA strategisch wichtigen Weltregionen (S. 6f., 11). Auf diesem Wege animierten beziehungsweise nötigten die Stiftungen ein weltweites ökonomisch-politisch-kulturelles Establishment dazu, das vermeintlich gemeinsame Projekt einer amerikanisch inspirierten „capitalist ‚modernization‘“ (S. 7 u. ö.) voranzutreiben und demgegenüber nationalistische oder kommunistische Gegenprojekte auszubremmen.

Der Akzent der Darstellung liegt klar auf der Periode des Kalten Krieges (Kap. 4 bis 7), die gerahmt wird von summarischen Untersuchungen der Phase ab 1930 (Kap. 3) und nach 1990 (Kap. 8). Vorgeschaltet ist eine kollektivbiographische Skizze der Philanthropen (Kap. 2). In jedem dieser Kapitel zeigt Parmar, wie die Stiftungen durch die gezielte Forschungsförderung spezifischer sozialwissenschaftlicher Disziplinen zur Institutionalisierung und Kanonisierung einer Expertise beitrugen, die in letzter Konsequenz das Stiftungshandeln in den USA und der Welt legitimierte: Waren es vor 1945 die *International Relations* (Kap. 2), so nach 1945 ein Kaleidoskop neuer *Area Studies* – der *American, Asian, African* und *Latin-American Studies* (Kap. 4 bis 7) und schließlich nach 1990 *Demokratiethorien* und *Security Studies* (Kap. 8), die als Legitimierungsressourcen für das globale Hegemonieprojekt der Stiftungen dienen sollten.

Die Darstellung bietet über weite Strecken eine interessante Mischung aus Forschungssynthesen und neu eingespeister Empirie. Der breite Fokus beeindruckt ebenso, wie zu begrüßen ist, dass Parmar die Rolle der Stiftungen kritisch diskutiert und hervorhebt, wie sie keiner neutral-unparteiischen Maxime, sondern programmatischen und dezidiert politischen Inter-